



Der Enztöler

wildbader Tagblatt

Wirkfelder, Calmbacher und Herrenalber Tagblatt
Amtsblatt für den Kreis Neuenburg
Parteiamtliche nationalsozialistische Tageszeitung

Bezugspreis:
Durchschnittlich 1.40 einschließlich 20 Pfg. Zustellgebühr, durch die Post RM. 1.70 (einschließlich 36 Pfg. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. In Fällen besonderer Bemerkung steht die Lieferung der Zeitung aber auch außerhalb des Bezugsgebietes. Geschäftszeitung für Kreis- und Amtskreise (Bezugskreis). — Abonnententafel für den gesamten Jagdt-Bezirk (Jagdzeitung, Neuenburg (Weitz)).

Anzeigenpreis:
Die kleinstmögliche 11mm-Breite 7 Hagen, Samstagsausgabe 6 Hagen, Sonntagsausgabe 4 Hagen. Tagespreis 10 Hagen. Einzelnummern 5 Hagen. Preise mit und ohne Steuern und die dem Verlag zu entrichtende Mehrwertsteuer sind in der Druckerei anzugeben. — Druckerei: Die Enztöler Druckerei, Hagen v. Kammberg, Neuenburg.

Nr. 15

Neuenburg, Mittwoch den 19. Januar 1938

96. Jahrgang

Deutsche Schule in Polen darf nicht vollendet werden

Bromberg, 18. Januar. Vor ungefähr zwei Jahren ist in Bromberg mit dem Neubau einer deutschen Privatschule begonnen worden, da die polnischen Behörden die alten Schulgebäude der beiden deutschen Anstalten als für Schulzwecke ungeeignet bezeichneten und die Schließung der Schulen ankündigten. Als der Neubau für diese deutschen Anstalten im Frühjahr 1937 unter Dach gebracht werden konnte, verboten die polnischen Behörden den Weiterbau. Monatlang Bemühungen um die Erlaubnis zur Fortsetzung der Bauarbeiten blieben ergebnislos.

Die „Deutsche Rundschau in Polen“ bemerkt hierzu: „Wir können nur annehmen, daß hier ein und freilich unbegründetes Mißverständnis vorliegt, dessen unverzügliche Beseitigung nicht nur dem Wohl der deutschen Minderheiten erklärt, sondern auch dem Geist der letzten Rede des Herrn Außenministers Beck. Zahlreiche deutsche Eltern und mit ihnen die gesamte Volksgemeinschaft erwarten, daß sie nunmehr beschleunigt von der bangen Sorge um die Zukunft ihrer Kinder befreit werden“.

Da haben wir nichts verloren...

Berlin, 18. Januar. Das 150jährige Gründungsjubiläum Australiens wurde am Dienstag mit einer Feier in Curnell eingeleitet. Deutschland ist amtlich nicht vertreten. Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, daß es in Neusüdwest immer noch diskriminierende Bestimmungen gegen deutsche Reichsangehörige gibt. Diese Bestimmungen, die aus der Kriegszeit stammen, schließen die Möglichkeit der Ausübung einer Praxis durch deutsche Ärzte in dem Gebiet von Neusüdwest aus. Bei dieser Sachlage steht sich Deutschland zu seinem Bedauern nicht in der Lage, an der Staatsfeier teilzunehmen.

Das rumänische Parlament aufgelöst

Neuwahlen Anfang März

Bukarest, 19. Jan. Das im Dezember vergangenen Jahres gewählte rumänische Parlament ist am Dienstag durch königliches Dekret aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden für die Kammer am 2. März und für den Senat am 4. März statt. Das neue Parlament wird am 19. März zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Durch ein königliches Dekret wurde die rumänische Verfassung dahin abgeändert, daß die Parteien ihre Anmeldung für das ganze Land einheitlich beim Justizminister zu vollziehen haben. Dadurch steht bereits fest, daß die National-Christliche Partei im ganzen Lande an erster Stelle kandidiert. Es folgen die Liberale Partei, die Rumänische Partei, die Partei „Alles für das Land“ (Eiserne Garde) und die Nationalgaranten. Ferner wurden einzelne technische Bestimmungen des Wahlgesetzes abgeändert.

Franco-Truppen wieder im Angriff

Bilbao, 18. Januar. Nachdem am Montag die nationalen Truppen im Sturmangriff beherrschende Höhen um Zerueta, die die Kisten seit einem Jahr behaupteten, besetzen konnten, wurde am Dienstag die Flugwaffe eingesetzt und die feindlichen Stellungen erfolgreich bombardiert. Im Abschnitt Alambra, etwa 25 Kilometer nördlich von Zerueta, zogen sich die Bolschewisten nach einem heftigen Angriff der nationalen Artillerie aus aber 100 Geschützen auf dem linken Ufer des Alambra zurück. Die bolschewistischen Nachschubstrassen nach Guerna und Valencia liegen unter nationaler Feuer.

Bolschewistische Gefangene berichten übereinstimmend über eine immer weiter um sich greifende Entmutigung unter den Bolschewisten. Jüdische Soldaten hätten sich geweigert, zu einem Gegenangriff vorzugehen. Darauf sei ein jüdischer Anführer aus Basel erschossen worden. Im übrigen hätten die Bolschewisten neuerdings englische und nordamerikanische Soldaten an die Zerueta-Front geworfen.

Das neue französische Kabinett

Ohne Sozialdemokraten und Kommunisten
Nur ein Übergangskabinett?

Paris, 18. Jan. Die Kabinettsliste ist beendet. Chaunteps hat seine neue Regierung gebildet. Um 22.35 Uhr MGB. begab er sich, begleitet von seinen Mitarbeitern, hernach ins Elysée, wo er dem Präsidenten der Republik seine neuen Minister und die Unterstaatssekretäre vorstellen wird.

Die halbamtlich veröffentlichte Ministerliste lautet:

Ministerpräsident: Chaunteps;
Stellvertretender Ministerpräsident, Landesverteidigung und Krieg: Daladier;
Staatsminister, beauftragt mit der Zusammenfassung der wirtschaftlichen u. finanziellen Aktion der Regierung: Bonnet;
Staatsminister, beauftragt mit der Dienststelle der Ministerpräsidenten: Troissard;
Kriegsmarine: William Bertrand;
Justiz: Guy la Chambre;
Innen: Sarraut;
Justiz: Campinchi;
Finanzen: Marchandeau;
Außen: Delbos;
Handel: Pierre Cot;
Posten: Vassalle;
Landwirtschaft: Chapsal;
Erziehung: Jean Fay;
Handelsmarine: Elbel;
Post und Telegraphie: Gentin;
Arbeits: Ramadier;
Kolonien: Senator Steeg;
Öffentliche Gesundheit: Rucart;
Öffentliche Arbeiten: Lucille.

Von den Ministern der neugebildeten Regierung gehören die Senatoren Chaunteps, Sarraut, Chapsal, Steeg und Lucille sowie die Abgeordneten Daladier, Bonnet, Bertrand, Guy la Chambre, Campinchi, Marchandeau, Delbos, Cot, Vassalle, Jean Fay, Gentin, Rucart und Elbel der radikal-sozialen Partei an, während die Abgeordneten Troissard und Ramadier der republikanisch-sozialen Vereinigung angehören.

Vorher hat das neue Kabinett ins Elysée zum Präsidenten der Republik begab, machte Ministerpräsident Chaunteps vor der Presse kurze Ausführungen, in denen er seiner Freude Ausdruck gab, eine so lange und heikle Krise durch die Kabinettsbildung beendet zu haben. Die neue Regierung werde sich bemühen, den Hoffnungen des Landes zu entsprechen, das von ihr Reformen wie soziale Gerechtigkeit, inneren Frieden und Sicherheit erwarte.

Die „Vollfront“ bleibt nach den Beschlüssen der ihr angehörenden Parteien theoretisch bestehen. Die Fraktion der Sozialdemokraten beschloß am Dienstagmittag mit 88 gegen 23 Stimmen, eine Regierung Chaunteps von Fall zu Fall zu unterstützen. Allerdings unter Bedingungen, die vorläufig noch nicht bekannt sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Verhandlungen mit ihnen nicht Chaunteps selbst, sondern Herriot führte. Wahrscheinlich

werde sich diese nicht nur auf das Regierungsprogramm, sondern auch auf die personelle Zusammensetzung des Kabinetts erstreckt haben, weshalb Chaunteps solange seine weiteren Besprechungen mit dem Vertreter der gemäßigten Rechten aussetzte. Allzu sehr betont wird in Verbindung mit der Regierungsneubildung, daß eine Aenderung der Außenpolitik nicht geplant sei.

Da die parlamentarische Basis des Kabinetts äußerst schwach ist, nimmt man an, daß Chaunteps in Anbetracht der dauernden Konfliktsgefahren und des Abwärtens zwischen den Oppositionsgruppen nicht allzulange am Ruder bleiben wird. Die eine Zeitlang verstuimmten Gerüchte über etwaige Parlamentswahlen erzielten in Anbetracht dieser Sachlage keine Rührung.

Die betrübten Bohrer

Enttäuschung und wütende Drohungen bei den französischen Kommunisten

Paris, 19. Jan. Entgegen Gerüchten von einer Stellungnahme des kommunistischen Parteivorstandes gegen das neue Kabinett Chaunteps verlautete in den Abendstunden des Dienstag, daß sich lediglich die Oberbögen über ihre Haltung im Einklang mit der Kammer geeinigt hätten.

Nach Schluß dieser Sitzung haben mehrere kommunistische Abgeordnete ihrem Unmut über die Ausschließung der Kommissare aus der neuen Regierung recht lebhaften Ausdruck gegeben. Sie erklärten bedauernd, eine Beteiligung der Kommunisten sei nicht erwünscht erwogen worden, und zudem habe der Verlust nicht einmal die Zustimmung sämtlicher Volksfrontparteien gefunden. Ein bewegtes Mitglied stimmte vor allem der kommunistischen Kammerfraktion an, der behauptete, man habe von Beginn der Krise an die kommunistische Kammerfraktion aus der Mitarbeit ausgeschlossen versucht. Es bleibe nur die Frage übrig, erdreiste er sich zu sagen, ob dieses Ergebnis auch dem Wunsch Frankreichs entspreche. (1) („Frankreich“) dürfte wohl ein solcher Zungenschlag sein; kommunistische Kammerfraktion gesteht: — Die Schrift. Während ließ sich Kamette zu der Drohung hinreißen: Die Ereignisse würden vielleicht nicht lange auf sich warten lassen, um dies zu zeigen. Resigniert stellte er dann noch einmal fest, die Kommunisten seien geneigt gewesen, an einer Regierung der Volksfront mitzuarbeiten. Sie blieben auch weiter bereit. Für sie zähle allein das Programm, und zwar das Volksfrontprogramm, dem sie nach wie vor „tren verbunden“ blieben. Ihre Stellungnahme zum neuen Kabinett behielten sie die Kommunisten vor, bis es sich dem Parlament vorstelle. „Denn wir werden die Regierung nach ihrem Programm und mehr noch nach ihren Männern beurteilen.“

Jetzt sprechen nur noch die Waffen

Japans Botschafter verließ Schanghai

Tokio, 18. Januar. Nachdem Japan am Sonntag die diplomatischen Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung abgebrochen hat, wurde der japanische Botschafter Kawagoe aus Schanghai zurückgerufen. Auch der chinesische Botschafter in Tokio hat Japan verlassen. Die offizielle Kriegserklärung steht zwar noch aus, doch nach diesen diplomatischen Schritten ist sie lediglich eine Formalsache, die wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, wenn man überhaupt die Zurückziehung der Botschafter nicht schon als die letzte Folgerung betrachtet.

Die japanische Regierung hat sich bemüht, nach ihrem Unbestrittenen großen militärischen Erfolgen mit der Zentralregierung in Kri-

senverhandlungen zu treten, wobei ganz besonders die Ausschaltung jeglichen sowjetischen Einflusses Bedingung war. Die Kämpfe mußten jedoch fortgesetzt werden und Fürst Konoe, der japanische Ministerpräsident, hat am Dienstag betont, daß weitere Verhandlungen mit Tschiangkaisschi erfolglos sind und gegenüber der Zentralregierung nur noch die Waffen zu sprechen haben. Mit der neuen chinesischen Regierung in Peking werden in dem Augenblick Verhandlungen aufgenommen, als sie den größten Teil Chinas verläßt. Peking wird wahrscheinlich das Zentrum der neuen Regierung sein, die sich zusammen mit Japan auf den Boden der Antikominternpolitik stellt.

Weltpresse ohne Maske

„Das Bismarck-Wort von der Feindschwarze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen, darf nicht mehr gelten in einer Zeit, in der die destruktiven Kräfte in der Weltpresse sich zu einer wahren Geißel der Menschheit ausgewachsen haben.“ Mit dieser grundlegenden Feststellung umreißt Reichspressechef Dr. Dietrich Ziel und Zweck seines im Sonderverlag der „Westfälischen Landeszeitung — Rote Erde“ erschienenen Buches „Weltpresse ohne Maske“.

Staatssekretär Dr. Dietrich hat in diesem Buch seine Nürnberg-Kongrede auf dem Parteitag der Arbeit erweitert und durch neue Tatsachenmaterial ergänzt. Das Buch des Reichspressechefs gibt eine mit zahlreichen unüberlegbaren historischen Quellen belegte, gefundene Darstellung jener Kräfte und Mächte, die — solange überhaupt der Schriftdruck besteht — versucht haben, die Presse durch Unterdrückung, Zensur, Mißbrauch und Bestechung ihren religiösen, politischen, persönlichen oder geschäftlichen Zwecken dienstbar zu machen. Von dem Zensur-Edikt des Papstes Alexander VI. bis zu dem Warruss des 1937 verstorbenen englischen Ministerpräsidenten MacDonald gibt die interessante Schrift einen Überblick über eine Zeitspanne von mehreren Jahrhunderten, in denen die Presse entweder eine gesunde und starke Stütze, ein geschickt geleitetes Mittel des Staates war, wie zum Beispiel im Preußen Friedrichs des Großen, oder ein in gefährlicher Weise mißbrauchtes Instrument im Dienste zerkleinerter Mächte, niemals aber eine auf sich gestellte, durch sich selbst lebende und „freie“ Einrichtung.

Der verwaschene und unmaßvolle Begriff der demokratischen „Pressefreiheit“, die doch nur ein Tarnmantel anonymen Interesses und geschäftlicher Zwecke ist, wird von Dr. Dietrich an Hand zahlreicher Selbstgeständnisse aus französischen und englischen amtlichen Quellen in seiner ganzen Mißverständlichkeit und Höhe aufgezogen. Die destruktive Auswirkung der von dem Judentum eingeleiteten Vergeßlichkeit der Presse und als unmittelbare Folge einer solchen Entwicklung die Pressebestechung sind die von Dr. Dietrich mit geschichtlichen Belegen klar herausgestellten Ursachen der Pressefälschung, die im Dienste jüdischer Profitgier über den Grundsockel einer wahrhaftigen Verkörperung triumphierte. (Notisschild „Eier“ bei Waterloo).

Reichspressechef Dr. Dietrich gibt dann einen Rückblick auf die furchtbaren Auswirkungen der Tatsache, daß während des Krieges fast der gesamte Weltnachrichtendienst in der Hand einer von Juden gegründeten ausländischen Agenturen lag. Bei der Darstellung der Interessenwirtschaft der französischen Presse, insbesondere der Bestechlichkeit vor dem Kriege, kann sich Dr. Dietrich auf eine Reihe einseitiger Selbstgeständnisse französischer Politiker und Journalisten berufen. Wie in der französischen Presse Politik, Wirtschaft und Sensation verquickt sind, so entwirrt sich auch in der englischen und erst recht in der amerikanischen Presse die vielbesprochene Pressefreiheit bei näherem Hinsehen als ein durchwegs zweifelhaftes Gewand. Auch hier finden wir interessante Ausflüsse aus englischem Munde angeführt. In denen England die Ohnmacht des Journalismus gegenüber den alles bestimmenden Konzerninteressen beklaagt. Ueberviegend und in dieser Hinsicht nicht weniger als in der Welt des Reichspressechefs den historischen Hintergrund bildend, daß es in den demokrati-

Zur wirtschaftlichen Entwicklung des neuen China erklärte Fürst Konoe, daß eine gewisse staatliche Kontrolle unvermeidlich sein werde, aber die gegenseitige chinesisch-japanische Hilfe soll zum leitenden Prinzip erhoben werden. Japan wird wirtschaftliche Berater nach China entsenden. Ebenso, wie die Rechte und Interessen dritter Mächte gewahrt werden, ist auch das Kapital dritter Mächte zum Aufbau willkommen. In bezug auf die internationalen Beziehungen des neuen Regimes in China erklärte er, daß er vorläufig keine Möglichkeit sieht, mit England irgendwelche Verhandlungen aufzunehmen. Doch England wird seine Haltung wohl ändern, wenn es sich vor eine neue Lage gestellt sehe.

